

Fragen

**für die Fragestunde der Sitzung des Deutschen Bundestages
am Mittwoch, dem 22. März 2000**

Verzeichnis der Fragenden

<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>	<i>Abgeordnete</i>	<i>Nummer der Frage</i>
Börnsen, Wolfgang (Bönstrup) (CDU/CSU)	18, 41	Dr. Meister, Michael (CDU/CSU)	42, 43
Brüderle, Rainer (F.D.P.)	61, 62	Michelbach, Hans (CDU/CSU)	48, 49
Dehnel, Wolfgang (CDU/CSU)	1, 24	Dr. Müller, Gerd (CDU/CSU)	28, 29
Flach, Ulrike (F.D.P.)	59, 60	Neumann, Bernd (Bremen) (CDU/CSU)	66, 67
Fritz, Erich G. (CDU/CSU)	63, 64	Ostrowski, Christine (PDS)	19
Funke, Rainer (F.D.P.)	55, 56	Otto, Norbert (Erfurt) (CDU/CSU)	46, 47
Günther, Joachim (Plauen) (F.D.P.)	17	Röttgen, Norbert (CDU/CSU)	39, 40
Hauser, Norbert (Bonn) (CDU/CSU)	11, 12	Schmidt, Christian (Fürth) (CDU/CSU)	34, 35
Heiderich, Helmut (CDU/CSU)	15, 16	Schnieber-Jastram, Birgit (CDU/CSU)	7, 8
Hintze, Peter (CDU/CSU)	32, 33	Scholz, Olaf (SPD)	5, 6
Hirche, Walter (F.D.P.)	57, 58	Seehofer, Horst (CDU/CSU)	13, 14
Hofbauer, Klaus (CDU/CSU)	65	Siemann, Werner (CDU/CSU)	2, 38
Kampeter, Steffen (CDU/CSU)	20	Singhammer, Johannes (CDU/CSU)	36, 37
Dr.-Ing. Kansy, Dietmar (CDU/CSU)	44, 45	Spranger, Carl-Dieter (CDU/CSU)	30, 31
Koppelin, Jürgen (F.D.P.)	53, 54	Storm, Andreas (CDU/CSU)	51, 52
Koschyk, Hartmut (CDU/CSU)	21, 25	Strebl, Matthäus (CDU/CSU)	26, 27
Dr. Krogmann, Martina (CDU/CSU)	50	Weiß, Peter (Emmendingen) (CDU/CSU)	3, 4
Meckel, Markus (SPD)	22, 23	Zöller, Wolfgang (CDU/CSU)	9, 10

Verzeichnis der Geschäftsbereiche der Bundesregierung

	<i>Seite</i>
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung	3
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit	5
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen	6
Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes	7
Geschäftsbereich des Auswärtigen Amtes	8
Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern	11
Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen	12
Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie	14

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Verteidigung

1. Abgeordneter
Wolfgang Dehnel
(CDU/CSU) Beabsichtigt die Bundesregierung angesichts der Tatsache, dass über die Hälfte der deutschen KFOR-Soldaten in den neuen Bundesländern beheimatet sind, deren verständlichem Wunsch entgegen zu kommen, künftig bei Heimaturlaubs-Flügen neben Köln/Bonn auch Berlin oder Leipzig anzufliegen, um die überdurchschnittlich lange Anreise in die Heimatstandorte zu erleichtern?
2. Abgeordneter
Werner Siemann
(CDU/CSU) Welche aktuellen Erkenntnisse liegen der Bundesregierung hinsichtlich des Drogen- und Alkoholmissbrauchs bei Angehörigen der deutschen KFOR- und SFOR-Kontingente vor?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Arbeit und Sozialordnung

3. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU) Um welchen Prozentsatz werden die Regelsätze der Sozialhilfe zum 1. Juli 2000 gemäß den Bestimmungen in § 22 Abs. 6 Satz 2 des Bundessozialhilfegesetzes erhöht werden?
4. Abgeordneter
Peter Weiß
(**Emmendingen**)
(CDU/CSU) Wie beurteilt die Bundesregierung die Situation der Sozialhilfeempfänger und die Entwicklung der Regelsätze der Sozialhilfe angesichts der im Jahr 2000 zu erwartenden Inflationsrate (im Februar 2000 bei 1,8 Prozent) und der Zusatzbelastungen durch die so genannte Ökosteuer, die Sozialhilfeempfänger in vollem Umfang ohne Kompensationsmöglichkeiten treffen?
5. Abgeordneter
Olaf Scholz
(SPD) Sind der Bundesregierung Vertragsgestaltungen bekannt, wo im Hinblick auf das Gesetz zur Förderung der Selbständigkeit und §§ 7a und 7b Viertes buch des Sozialgesetzbuches (SGB IV) Auftragnehmer (z. B. Journalisten) erklären müssen: „Ich versichere, dass ich nicht als „Scheinselbständiger“ im Sinne von § 7 Abs. 4 SGB IV anzusehen bin, und verpflichte mich, im Falle von Anfragen hinsichtlich meiner rechtlichen Stellung alle erforderlichen Infor-

mationen zur Klärung meines Status zu liefern. Ich stimme bereits jetzt zu, dass im Falle einer Prüfung des Vorliegens eines Beschäftigungsverhältnisses eine Versicherungspflicht erst mit Bekanntgabe der Entscheidung der BfA bzw. eines anderen Versicherungsträgers eintreten soll (§§ 7a, 7b SGB IV).“?

6. Abgeordneter
**Olaf
Scholz**
(SPD)

Teilt die Bundesregierung die in dem Protokoll der Sitzung des Ausschusses für Arbeit und Sozialordnung vom 10. November 1999 zum Ausdruck gebrachte Auffassung, dass solch eine Vertragsklausel/Erklärung jedenfalls im Hinblick auf § 7b SGB IV unwirksam ist, weil die Zustimmung des Arbeitnehmers gemäß § 7b Ziffer 1 SGB IV nur nachträglich und nicht vorab erteilt werden kann und – falls eine versicherungspflichtige Betätigung vorliegt – indiziert, dass der Arbeitgeber vorsätzlich oder grob fahrlässig von einer selbständigen Tätigkeit ausgegangen ist?

7. Abgeordnete
**Birgit
Schnieber-Jastram**
(CDU/CSU)

Wie hoch ist der Verlust für den Eckrentner pro Monat, der dadurch entsteht, dass die Bundesregierung den Rentnern bei der Rentenanpassung zum 1. Juli 2000 nicht den Kaufkraftverlust des Jahres 2000, sondern nur den des Jahres 1999 ausgleicht, wenn man von einer Preissteigerungsrate im Jahr 2000 in Höhe von 1,6 % ausgeht?

8. Abgeordnete
**Birgit
Schnieber-Jastram**
(CDU/CSU)

Von welchen Einspareffekten im Jahr 2000 ging die Bundesregierung aufgrund der Einführung der Rentenanpassung entsprechend der Inflationsrate anstatt der nettolohnbezogenen Rentenanpassung zum Zeitpunkt der Verabschiedung des Haushaltssanierungsgesetzes aus, und welchen Einspareffekt legt sie ihren Berechnungen zum jetzigen Zeitpunkt zugrunde?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Gesundheit

9. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Ansicht der Kassenärztlichen Bundesvereinigung, dass Glaukom-Früherkennungsuntersuchungen nicht Teil des Kassen-Leistungskatalogs seien und die Tatsache, dass Augenärzte für diese Untersuchungen Privat-honorare einbehalten?
10. Abgeordneter
Wolfgang Zöller
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Aussage, dass 1,5 Millionen Deutsche einen erhöhten Augeninnendruck haben, ca. 1 200 Menschen wegen der Schädigung des Sehnervs jährlich erblinden, und was beabsichtigt die Bundesregierung gegen eine Ausgrenzung dieses Personenkreises aus den Leistungen der gesetzlichen Krankenversicherung zu unternehmen?
11. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)
- Welche Gründe kann die Bundesministerin für Gesundheit, Andrea Fischer, anführen, dass sie in einem Schreiben an die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) vom 2. März 2000 der Verlagerung des Hauptsitzes der KBV von Köln nach Berlin zustimmt, und hält es die Bundesministerin für Gesundheit nicht für einen Widerspruch, einen kostenintensiven Umzug zu befürworten, aber gleichzeitig darauf hinzuweisen, dass bei einer Sitzverlegung die Grundsätze der Wirtschaftlichkeit und Sparsamkeit zu berücksichtigen sind?
12. Abgeordneter
Norbert Hauser (Bonn)
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesministerin für Gesundheit nicht der Auffassung, dass eine Sitzverlagerung dem Berlin/Bonn-Gesetz vom 26. April 1994 widerspricht, in dem der Erhalt und die Förderung der Bundesstadt Bonn in ihrer Funktion für den Politikbereich Gesundheit in § 1 Abs. 2 Nr. 3 Buchstabe b ausdrücklich genannt ist, und hat das Bundesministerium für Gesundheit ein Konzept darüber, welchen Beitrag es zum Aufbau der Gesundheitsregion Bonn leisten will?
13. Abgeordneter
Horst Seehofer
(CDU/CSU)
- Trifft es zu, dass das vom Bundesministerium für Gesundheit am 3. März 2000 veröffentlichte vorläufige Jahresergebnis 1999 der gesetzlichen Krankenversicherung von den tatsächlich gemeldeten Ergebnissen abweicht, und muss man davon ausgehen, dass sich das endgültige Jahresergebnis 1999 der ge-

setzlichen Krankenversicherung wesentlich schlechter darstellt als das jetzt veröffentlichte vorläufige Ergebnis?

14. Abgeordneter
**Horst
Seehofer**
(CDU/CSU)

Trifft es zu, dass seitens der Bundesregierung auf das insoweit unabhängige Bundesversicherungsamt dahingehend eingewirkt wurde, die Krankenkassen zur Vorlage von Jahresergebnissen zu veranlassen, die wegen der fehlenden Berücksichtigung von Nachzahlungen in den Risikostrukturausgleich nicht mit den unter Beachtung der Grundsätze ordnungsgemäßer betriebswirtschaftlicher Buchführung ermittelten Zahlen übereinstimmen?

**Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Verkehr,
Bau- und Wohnungswesen**

15. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Kann die Bundesregierung bestätigen, dass Straßenbauprojekte des „Vordringlichen Bedarfs“ aus dem Bundesverkehrswegeplan 1992 sofort in die Finanzierung des Investitionsprogramms der Bundesregierung aufgenommen werden, sobald der Planfeststellungsbeschluss und damit die Baureife für diese Projekte vorliegt?

16. Abgeordneter
**Helmut
Heiderich**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung die Maßnahmen des „Investitionsprogramms 1999–2002“ ab dem Jahr 2003 planmäßig weiter abzufinanzieren, und ist es richtig, dass sich dies bei dem gegebenen Finanzumfang bis etwa zum Jahr 2020 erstrecken wird?

17. Abgeordneter
**Joachim
Günther**
(Plauen)
(F.D.P.)

Was unternimmt die Bundesregierung, damit die im Rahmen des Bundesverkehrswegeplanes eingesetzten 2 Mrd. DM für den Ausbau der Sachsenmagistrale sich auch in einem besseren Verkehrsangebot auf der Schienenstrecke Berlin–Leipzig–Plauen–Hof–Nürnberg/München widerspiegeln?

18. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)
(CDU/CSU)**
- Wird die Bundesregierung über ihre Vertreter im Aufsichtsrat des Unternehmens darauf hinwirken, dass es bei der Umsetzung des so genannten „Knoten-Punkt-Konzepts“ der Deutschen Bahn AG nicht zur Abkoppelung Schleswig-Holsteins und der Fernverbindungen nach Skandinavien kommt, wie von Bahnexperten und Gewerkschaftsrepräsentanten nach Berichten des Flensburger Tageblatts vom 5. Februar 2000 befürchtet wird?
19. Abgeordnete
**Christine
Ostrowski
(PDS)**
- Wie sind die Aussagen des Bundesministers für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, anlässlich der Eröffnung der Starterkonferenz „Die soziale Stadt“ am 1./2. März 2000 in Berlin zu werten, dass die Bundesregierung trotz angespannter Haushaltslage als Bundesfinanzhilfen für das Programm „Die soziale Stadt“ jährlich 100 Mio. DM bereitgestellt habe, da sich im Bundeshaushalt 2000 im Haushaltstitel „Zuweisungen zur Förderung von Stadtteilen mit besonderem Entwicklungsbedarf“ zwar 100 Mio. DM als Verpflichtungsermächtigung finden, von denen jedoch lediglich 30 bis 15 Mio. DM pro Jahr bis zum Jahr 2004 zur Auszahlung kommen sollen?
20. Abgeordneter
**Steffen
Kampeter
(CDU/CSU)**
- Ist es zutreffend, dass der Bundesminister für Verkehr, Bau- und Wohnungswesen, Reinhard Klimmt, privat veranlasste Kosten, wie Übernachtungskosten an seinem Dienstsitz Berlin bzw. die durch private Nutzung des Dienstkraftfahrzeuges entstandenen Kosten, sich fälschlicherweise aus dem Bundeshaushalt hat bezahlen lassen und falls ja, in welcher Höhe sind die zuviel gezahlten Beträge bzw. übernommenen Kostenanteile dem Bundeshaushalt wieder zurückerstattet worden?

Geschäftsbereich des Bundeskanzleramtes

21. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk
(CDU/CSU)**
- Wie reagiert die Bundesregierung auf die mit Blick auf die Kulturkonzeption der Bundesregierung nach § 96 Bundesvertriebenengesetz (BVFG) getroffene Aussage der nordrhein-westfälischen Ministerin für Arbeit, Soziales und Stadtentwicklung, Kultur und Sport, Ilse Brusic, „jegliche Zentralisierung ist falsch“ (vgl. Deutscher Ostdienst vom 10. März 2000), und welche Auswirkungen hat diese Aussage

auf die Pläne zur Zusammenlegung und Zentralisierung von Einrichtungen im Bereich der Kulturarbeit nach § 96 BVFG vor dem Hintergrund der Tatsache, dass die Bundesregierung für ihre überarbeitete Kulturkonzeption nach § 96 BVFG „überwiegend einvernehmliche Lösungen“ (vgl. Antwort von Staatsminister Dr. Michael Naumann auf meine mündliche Frage für die Fragestunde am 26. Januar 2000, Plenarprotokoll 14/83, S. 7704 B) erwartet?

22. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)

Trifft es zu, dass Bundeskanzler Gerhard Schröder, der Bundesminister des Innern, Otto Schily, und Staatsminister Dr. Michael Naumann Zustimmung zu den Plänen des Bundes der Vertriebenen (BdV) zur Errichtung eines „Zentrums gegen Vertreibungen“ signalisiert haben, insbesondere auch zur Frage einer Trägerschaft des BdV (s. AP-Meldung vom 20. Januar 2000)?

23. Abgeordneter
**Markus
Meckel**
(SPD)

Wie sehen nach Kenntnis der Bundesregierung die Pläne zur Errichtung des „Zentrums gegen Vertreibungen“ im Einzelnen aus (u. a. Finanzierungsbeiträge, vom Bund angebotene Grundstücke, Satzung, Gremienbesetzung)?

Geschäftsbereich des Auswärtigen Amts

24. Abgeordneter
**Wolfgang
Dehnel**
(CDU/CSU)

Was unternimmt die Bundesregierung im Kosovo-Krisengebiet, um neben der Friedenssicherung auch den Aufbau von Unternehmen mit deutscher Unterstützung und Beteiligung zu fördern, wie das beispielsweise durch die österreichische Regierung bei österreichischen Unternehmen praktiziert wird?

25. Abgeordneter
**Hartmut
Koschyk**
(CDU/CSU)

Welche Erkenntnisse besitzt die Bundesregierung über das rumänische Bodenrückgabegesetz vom 11. Januar 2000, und welche Bestimmungen enthält das Gesetz für aus Rumänien vertriebene Deutsche, für deutsche Aussiedler und für Angehörige der deutschen Minderheiten in Rumänien?

- | | |
|--|--|
| 26. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die konkreten Schritte der EU zur Beschleunigung des Beitrittsprozesses der Türkei? |
| 27. Abgeordneter
Matthäus
Strebl
(CDU/CSU) | Inwieweit teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass eine zunehmende Euro-Skepsis bei der Bevölkerung der Beitrittskandidaten wegen der EU-weiten Isolierung Österreichs festzustellen ist, und welche Folgerungen zieht sie daraus für ihre Politik? |
| 28. Abgeordneter
Dr. Gerd
Müller
(CDU/CSU) | Plant die deutsche Bundesregierung beim Sondergipfel der EU in Lissabon Initiativen zu ergreifen, um zu einer Normalisierung im Verhältnis zwischen Deutschland und Österreich sowie der EU und Österreich beizutragen, und wenn ja, welche? |
| 29. Abgeordneter
Dr. Gerd
Müller
(CDU/CSU) | Welche angeblichen Verstöße der österreichischen Bundesregierung gegen den EU-Vertrag sind Grundlage der beschlossenen Maßnahmen der deutschen Bundesregierung und der EU zur Einschränkung der Beziehungen zu Österreich? |
| 30. Abgeordneter
Carl-Dieter
Spranger
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung die europäischen Reaktionen in Italien und in den skandinavischen Staaten, die in der von der Europäischen Union gegenüber Österreich verhängten Sanktionsmaßnahmen eine ungerechtfertigte Einmischung in die inneren Angelegenheiten sehen, und welche Konsequenzen erwachsen aus diesen Einschätzungen für die Diskussion über den künftigen Weg der europäischen Integration? |
| 31. Abgeordneter
Carl-Dieter
Spranger
(CDU/CSU) | Wie beurteilt die Bundesregierung das Signal, das von den gegenüber Österreich von der Europäischen Union verhängten Maßnahmen auf die ostmittel- und südosteuropäischen Beitrittskandidaten ausgeht? |

- | | |
|---|--|
| 32. Abgeordneter
Peter Hintze
(CDU/CSU) | Ist das Verhalten des EU-Ratspräsidenten António Guterres, auf der traditionellen Rundreise des Ratspräsidenten durch alle Hauptstädte der Europäischen Union Österreich nicht zu besuchen, von der Bundesregierung gebilligt worden, und welche Haltung nimmt sie hierzu ein? |
| 33. Abgeordneter
Peter Hintze
(CDU/CSU) | Wird sich Bundeskanzler Gerhard Schröder auf dem Europäischen Rat in Lissabon aus politischen Gründen gegenüber dem österreichischen Bundeskanzler Wolfgang Schüssel anders verhalten als gegenüber den anderen Regierungschefs der Europäischen Union? |
| 34. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU) | Wie ist nach Auffassung der Bundesregierung der jeweilige Stand der Verhandlungen der EU mit den einzelnen osteuropäischen Beitrittskandidaten der ersten Runde zu den Kapiteln Freizügigkeit, Beschäftigung und Sozialpolitik zu beurteilen? |
| 35. Abgeordneter
Christian Schmidt (Fürth)
(CDU/CSU) | Welche Übergangsfristen hat die Bundesregierung als Verhandlungsposition der EU gefordert und durchgesetzt, und aus welchen Gründen geschah dies? |
| 36. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Wie ist das Verfahren zur Festlegung der Verhandlungspositionen der EU für die Verhandlungen mit den Beitrittskandidaten, und welche konkreten Einflussmöglichkeiten hat die Bundesregierung schon auf Festlegungen der Verhandlungspositionen ausgeübt? |
| 37. Abgeordneter
Johannes Singhammer
(CDU/CSU) | Welche Forderungen von EU-Beitrittskandidaten, Übergangsfristen zur Anwendung des EU-Rechts vorzusehen, sind der Bundesregierung bekannt, und wie beurteilt sie dies? |

38. Abgeordneter
**Werner
Siemann**
(CDU/CSU)

Wie beurteilt die Bundesregierung die Menschenrechtssituation in den Vereinigten Arabischen Emiraten im Hinblick auf die Voranfrage des Landes zur Lieferung von insgesamt 64 Spürpanzern des Typs Fuchs, und wann wird über eine Lieferung im Bundessicherheitsrat entschieden?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums des Innern

39. Abgeordneter
**Norbert
Röttgen**
(CDU/CSU)

Ist es der Bundesregierung bekannt, dass seit längerer Zeit im Bereich des Bonner Bundesgrenzschutzpräsidiums West (Standorte St. Augustin-Hangelar und Swisttal-Heimerzheim) im Bundeshaushalt zugewiesene Stellen in erheblichem Umfang, so beispielsweise im Bereich Arbeiter ein Drittel der Stellen, nicht besetzt sind und darüber hinaus ein überdurchschnittlich hoher Krankenstand besteht, und wie bewertet die Bundesregierung diese Situation?

40. Abgeordneter
**Norbert
Röttgen**
(CDU/CSU)

Beabsichtigt die Bundesregierung, die offenen und für einen geordneten Dienstablauf dringend benötigten Stellen zu besetzen und den überdurchschnittlich hohen Krankenstand zu untersuchen und diesem entgegenzuwirken, und wenn ja, bis wann?

41. Abgeordneter
**Wolfgang
Börnsen
(Bönstrup)**
(CDU/CSU)

Was ist von Seiten der Bundesregierung im personellen, technischen und organisatorischen Bereich noch alles zu unternehmen, um von deutscher Seite und in Zusammenarbeit mit dem Königreich Dänemark im deutsch-dänischen Grenzbereich die Sicherheitslage so zu optimieren, dass mit dem Inkrafttreten des Schengener Abkommens in Dänemark dem Sicherheitsbedürfnis und der Sicherheitsnotwendigkeit der Bevölkerung in dieser Region auf beiden Seiten der Grenze entsprochen wird?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums der Finanzen

42. Abgeordneter
**Dr. Michael
Meister**
(CDU/CSU)
- Welche Gründe waren für die Bundesregierung maßgebend, dass die Ankündigung des Staatssekretärs im Bundesministerium für Finanzen, Dr. Heribert Zitzelsberger, der umstrittene § 2b Einkommensteuergesetz (EStG), der die Verlustverrechnung bei negativen Einkünften aus der Beteiligung an Verlustzuweisungsgesellschaften und ähnlichen Modellen regelt, könne wieder zurückgenommen werden (FAZ vom 26. Oktober 1999), bisher nicht umgesetzt wurde?
43. Abgeordneter
**Dr. Michael
Meister**
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung bereit, anhand vorliegender Gutachten (u. a. der Deutschen Allgemeinen Treuhand AG), die dem § 2b EStG Verfassungswidrigkeit bescheinigen, die Frage der Verfassungsmäßigkeit ernsthaft zu prüfen?
44. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Dietmar
Kansy**
(CDU/CSU)
- Bis wann ist nach Auffassung der Bundesregierung mit einem abgestimmten Anwendungsschreiben der Finanzverwaltung zum § 2b EStG zu rechnen, und werden die betroffenen Verbände zuvor Gelegenheit zur Stellungnahme erhalten?
45. Abgeordneter
**Dr.-Ing. Dietmar
Kansy**
(CDU/CSU)
- Welche Folgerungen zieht die Bundesregierung aus der in einer Anzeige betroffener Unternehmen gemachten Aussage, § 2b EStG habe bereits in 1999 176 000 Arbeitsplätze vernichtet und die Bundesregierung sei sich des Ausmaßes dieser kommenden volkswirtschaftlichen Katastrophe noch nicht bewusst (vgl. Handelsblatt vom 25. Februar 2000)?
46. Abgeordneter
**Norbert
Otto
(Erfurt)**
(CDU/CSU)
- Sieht die Bundesregierung die Gefahr, dass die in der Fachpresse bekannt gewordenen Einzelheiten über den bisher erfolglosen Versuch des Bundesministers der Finanzen, die komplizierte und auslegungsbedürftige Regelung in § 2b EStG, dem so genannten Fallensteller-Paragraphen, durch ein Anwendungsschreiben nachträglich zu klären, die Verunsicherung der Anleger eher noch verstärkt haben?

47. Abgeordneter
Norbert Otto
(Erfurt)
(CDU/CSU)
- Wie beurteilt die Bundesregierung die Wirkung des § 2b EStG auf den Anlegerwohnungsbau vor dem Hintergrund, dass der westdeutsche Mietwohnungsneubau nach Angaben des Statistischen Bundesamtes zur Entwicklung der Baugenehmigungen im vergangenen Jahr auf den niedrigsten Stand in den neunziger Jahren abgesunken ist und nach allen Prognosen in diesem Jahr weiter abzusinken droht?
48. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Ist die Bundesregierung nach wie vor der Ansicht, dass die geplante Abschaffung des Vollarrechnungsverfahrens bei der Unternehmensteuerreform die einzige Möglichkeit ist, Missbräuche beim Dividendenstripping zu vermindern, und wie hoch schätzt sie die Steuermehreinnahmen aufgrund der Steuerreformvorschläge?
49. Abgeordneter
Hans Michelbach
(CDU/CSU)
- Gibt es im Bundesministerium der Finanzen Überlegungen, das bei der Unternehmensteuerreform vorgesehene Optionsmodell für die Personengesellschaften und Einzelunternehmen aufgrund der zahlreichen offenkundigen Nachteile fallen zu lassen, und wie viele Unternehmen werden vom Optionsrecht nach Einschätzung der Bundesregierung Gebrauch machen?
50. Abgeordnete
Dr. Martina Krogmann
(CDU/CSU)
- Wie steht die Bundesregierung zur Absicht einiger Mitgliedstaaten in der EU, zur Förderung von Beschäftigung EU-weite quantifizierbare Ziele festzulegen?
51. Abgeordneter
Andreas Storm
(CDU/CSU)
- Teilt die Bundesregierung die Einschätzung, dass der Anstieg der Inflationsrate im Jahr 2000 gegenüber dem Vorjahr zu einem Teil auf die Einführung der Ökosteuer zurückzuführen ist, und wie begründet sie ihre Einschätzung?
52. Abgeordneter
Andreas Storm
(CDU/CSU)
- Wie hoch veranschlagt die Bundesregierung den auf die Ökosteuer zurückzuführenden Einfluss auf die Inflationsrate?

53. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Welche Gründe haben den interministeriellen Ausschuss veranlasst, für den Bau eines Atomkraftwerkes in China eine Hermes-Bürgschaft zu beschließen, und ist diese Bürgschaft vereinbar mit der Energiepolitik der Bundesregierung?
54. Abgeordneter
Jürgen Koppelin
(F.D.P.)
- Hält es die Bundesregierung für vermittelbar, dass sie den Atomausstieg im Inland plant und gleichzeitig Bürgschaften für neue Kernenergie-Anlagen im Ausland erteilt?

Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie

55. Abgeordneter
Rainer Funke
(F.D.P.)
- Wie viele Investitionsprojekte im Bereich der Kernenergie wurden in den vergangenen Jahren durch Hermes-Bürgschaften abgesichert?
56. Abgeordneter
Rainer Funke
(F.D.P.)
- Warum hält es die Bundesregierung zum gegenwärtigen Zeitpunkt für sinnvoll, Lieferungen für das Atomkraftwerk Lianyungang in China mit öffentlichen Mitteln zu fördern?
57. Abgeordneter
Walter Hirche
(F.D.P.)
- Wurde die Entscheidung der Bundesregierung, für den Ausbau der Kernenergie in China zu bürgen, zwischen den beteiligten Ressorts abgestimmt bzw. lag dazu ein Kabinettsbeschluss vor?
58. Abgeordneter
Walter Hirche
(F.D.P.)
- Hat die Bundesregierung die Koalitionsfraktionen im Vorfeld der Entscheidungen zur Absicherung der China-Investitionen durch Hermes-Bürgschaften informiert?
59. Abgeordnete
Ulrike Flach
(F.D.P.)
- Welche ökologischen Kriterien werden an die Vergabe von Hermes-Bürgschaften angelegt?

- | | |
|--|--|
| 60. Abgeordnete
Ulrike
Flach
(F.D.P.) | Wer definiert diese ökologischen Kriterien? |
| 61. Abgeordneter
Rainer
Brüderle
(F.D.P.) | Beabsichtigt die Bundesregierung, Hermes-Bürgschaften für die Fertigstellung der Reaktoren Khmelnytsky-2 und Rovno-4 in der Ukraine bereitzustellen, die eine deutsche Firma durchführen soll, und falls dies der Fall ist, wann wird sie dazu eine Entscheidung fällen? |
| 62. Abgeordneter
Rainer
Brüderle
(F.D.P.) | Welche Gründe werden für die Entscheidung maßgeblich sein? |
| 63. Abgeordneter
Erich G.
Fritz
(CDU/CSU) | Welche unerlässlichen Bestandteile muss nach Auffassung der Bundesregierung eine Vereinbarung der Europäischen Union mit der Volksrepublik China im Vorfeld des chinesischen Beitritts zur Welthandelsorganisation (WTO) haben? |
| 64. Abgeordneter
Erich G.
Fritz
(CDU/CSU) | Welche bisher für deutsche Unternehmen bestehenden Hemmnisse für Investitionen und den Handel aus bzw. mit China müssen bei einer solchen Vereinbarung nach Auffassung der Bundesregierung ausgeräumt werden, und würden in diesem Zusammenhang der Bundesregierung die zwischen den Vereinigten Staaten und China ausgehandelten Regelungen ausreichend erscheinen? |
| 65. Abgeordneter
Klaus
Hofbauer
(CDU/CSU) | Gibt es Bemühungen, einen einheitlichen europäischen Notruf für Feuerwehren und Rettungsdienste einzuführen? |
| 66. Abgeordneter
Bernd
Neumann
(Bremen)
(CDU/CSU) | Treffen Informationen zu, nach denen Frankreich, Großbritannien und Spanien das Airbus-A3XX-Projekt mit erheblichen staatlichen Mitteln unterstützen, und wenn ja, in welcher Weise erfolgt diese Unterstützung? |

67. Abgeordneter
**Bernd
Neumann
(Bremen)
(CDU/CSU)**

Hat die Bundesregierung die Absicht, dieses Schlüsselprojekt der europäischen Luftfahrtindustrie in ähnlicher Weise zu fördern?